

## Presseinformation

### **Vorstellung des Gutachtens zur Reform der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Rahmen einer Pressekonferenz in Wiesbaden am 20.02.03 durch Herrn Ministerpräsident Koch und Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn**

Das ifo Institut hat einen detaillierten Vorschlag zur Reform des Sozialleistungssystems erarbeitet, der innerhalb eines Jahrzehnts 2,3 Mio. zusätzliche Jobs für geringqualifizierte Erwerbspersonen schaffen und die Beschäftigung um 6% ausweiten wird. Das Mehr an Beschäftigung impliziert zugleich ein Mehr an Sozialprodukt und ein Mehr an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Selbst wenn man dynamische Wachstumseffekte aufgrund einer verstärkten Investitionstätigkeit vernachlässigt, ist davon auszugehen, dass das Sozialprodukt in jedem Jahr um 40 Mrd. € größer sein wird, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Der Vorschlag basiert auf einer Umgestaltung des Sozialhilfetarifs im Sinne einer negativen Einkommensteuer. Ziel ist, die Transferenzugsrate drastisch abzusenken und Arbeitsplätze, die nur bei niedrigen Löhnen rentabel bewirtschaftet werden können, attraktiv zu machen. In Zukunft sollen weniger staatliche Mittel als Lohnersatz und mehr Mittel als Lohnergänzung zur Verfügung gestellt werden. Die Devise ist, dass dem geholfen wird, der nur über eine geringe Leistungsfähigkeit verfügt, aber nach seiner Kraft tatsächlich die Leistung erbringt, die er erbringen kann.

Die Reform bezieht sich ausschließlich auf Erwerbsfähige und besteht aus drei Elementen.

Das erste Element ist die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe und eine deutliche Absenkung unter das Niveau der alten Sozialhilfe. Die vereinheitlichte Hilfe ist so niedrig, dass sie ohne Arbeit nur von Personen in Anspruch genommen wird, die über anderweitige, nicht deklarierte Einkommen verfügen.

Das zweite Element ist im eigentlichen Sinne als negative Einkommensteuer zu verstehen. Es sieht vor, eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt durch Gewährung einer Lohnsteuergutschrift für niedrige Löhne und den Verzicht auf den Entzug von Sozialhilfe zu unterstützen. Der Tarifverlauf ist so austariert, dass Geringverdiener in der Summe aus dem selbst verdienten Arbeitslohn und der staatlichen Unterstützung bereits bei einer Teilzeitbeschäftigung über ein Haushaltseinkommen in der Höhe der

bisherigen Sozialhilfe verfügen und es bei einer Vollzeitbeschäftigung sogar deutlich überschreiten.

Das erste und das zweite Element zusammengenommen werden die Bereitschaft erhöhen, gering bezahlte Jobs anzunehmen, und eine Absenkung der marktüblichen Löhne für einfache Arbeit implizieren. Das veranlasst die Unternehmen und privaten Haushalte, die erwähnte Zahl an neuen Arbeitsplätzen zu schaffen. Trotz der Lohnsenkung kommt es aber wegen der staatlichen Zuzahlung zu einer Einkommensverbesserung der Sozialhilfeempfänger gegenüber dem heutigen Zustand und insofern zu einer Erhöhung des Zielerreichungsgrades der Sozialpolitik.

Das dritte Element besteht in staatlichen Jobs für solche Personen, die im regulären Arbeitsmarkt zumindest anfangs noch nicht unterkommen. Dieses Element stellt sicher, dass niemand, der es nicht will, mit einem Einkommen unterhalb der heutigen Sozialhilfe auskommen muss, denn der Lohn für die staatlichen Jobs soll genau dem heutigen Sozialhilfeniveau entsprechen. Der Staat soll die ihm anvertrauten Arbeitnehmer auf dem Wege über private Leiharbeitsfirmen meistbietend an den privaten Sektor vermitteln.

Der ifo Reformvorschlag kommt zum richtigen Zeitpunkt, weil alle bisher eingeleiteten und diskutierten Reformelemente, so insbesondere auch die von Bundesrat und Bundestag beschlossenen Mini-Jobs, wirkungslos verpuffen, wenn nicht das System der Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe grundlegend verändert wird. Beide Hilfen absorbieren die Steuervorteile der Mini-Jobs vollständig und bewirken, dass diese Jobs nur für Schüler, Studenten, Rentner, mitarbeitende Ehepartner und andere Personen, die nicht anspruchsberechtigt sind und in der Regel auch nicht als arbeitslos gezählt werden, von Interesse sein können. Ohne die ifo Reform wird es nicht gelingen, einen wirklichen Beitrag zur Reduktion der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu leisten.

**Ansprechpartner:**

**Thomas John Darcy**  
**ifo Institut für Wirtschaftsforschung**  
**Presse Redaktion Konferenzen**

**Poschingerstr. 5**  
**D-81679 München**  
**Telefon +49 (089) 241604**  
**Fax + 49 (089) 985369**  
**E-Mail: darcy@ifo.de**